

Es geht um traumatisierte Kinder

Niemand kann sagen, das gehe ihn nichts an. Zehntausende von Kindern sind zurzeit ohne ihre Familie auf der Flucht. Was auch immer sie dazu getrieben hat, sich alleine vom Nahen Osten oder Afrika auf den Weg nach Europa zu machen: Es ist bereits viel schiefgelaufen in ihrem kurzen Leben. Kommen sie in der Schweiz an, werden sie zwar in Heimen, Asylzentren oder Pflegefamilien untergebracht, erhalten Kleider, Nahrung und ein bisschen Schulunterricht. Das löst aber noch keines ihrer Probleme. Diese Kinder und Jugendlichen stehen am Anfang ihres Lebens und sollten innert kurzer Zeit wissen, wohin die weitere Reise geht. Und sei es der Weg zurück in ihr Land oder zu ihrer Familie, sofern das am Vernünftigsten erscheint. Um für jedes einzelne von ihnen die beste Lösung zu finden, braucht es fähige Leute, die sich ihrer annehmen und diese Entscheidungen fällen. Die ihre Rechte kennen. Die ihnen zuhören und wissen, wie man mit traumatisierten Kindern spricht. Die ihnen auch Entscheidungen vermitteln, die zwar ihrem Wohl dienen sollen, aber nicht immer ihren Vorstellungen entsprechen. Geht es um die schwächsten und jüngsten Mitglieder der Gesellschaft, darf kein Staat etwas dem Zufall überlassen. Auch nicht der Kanton St. Gallen.

An der vergangenen Budgetdebatte verstieg sich der Kantonsrat zur Streichung zweier geplanter zusätzlicher Stellen für Berufsbeistände von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden (UMA). Sie sollten den St. Galler Gemeinden im kommenden Jahr bei der Betreuung der rasant steigenden Zahl ankommender allein reisender Minderjähriger unter die Arme greifen. «Nö», sagten Finanzkommission und Kantonsrat. «Nicht unsere Aufgabe.» Praktischerweise konnten sie sich dabei auf die geltende Regelung berufen, dass fürsorgliche Massnahmen für Minderjährige in der Verantwortung der Gemeinden liegen. Glück gehabt? Sicher nicht die Betroffenen, die vom Hickhack zwischen Kanton und Gemeinden auf ihrem Buckel wohl immerhin nie etwas erfahren werden.

Weder wollte sich mit der Schaffung von zwei Stellen für Beistände von Flüchtlingskindern jemand ein Denkmal setzen, noch hätte es alle Welt gekostet. Der Kanton hätte sich lediglich eines Problems angenommen, das zurzeit monatlich akuter wird. Die Frage ist längst nicht mehr, was das wen kostet. Die Frage ist, was passieren muss, bevor die Politik aufhört, so zu tun, als könne man alle offenen Fragen auf die lange Bank schieben.

Odilia Hiller

odilia.hiller@ostschweiz-am-sonntag.ch